

Bern

«Kultureller Reichtum, kein Luxus»: Kritik an Schliessung der Classes Bilingues: Stadt Bern soll Entscheid zurücknehmen

Mehrere Organisationen zeigen sich in einem gemeinsamen Schreiben «besorgt» über die Schliessung der zweisprachigen Schulklassen in der Stadt Bern.

Sarina Keller, SDA

Im Sommer 2026 soll Schluss sein mit dem zweisprachigen Unterricht in Bern. Das gefällt nicht allen. (Archiv)

Das abrupte Aus der Classes Bilingues in Bern erregt auch einen Monat später noch die Gemüter: Am Dienstag zeigten sich mehrere Organisationen, die sich für Zweisprachigkeit und interkulturellen Dialog einsetzen, besorgt.

Die Stadt Bern opfere ein funktionierendes Projekt, anstatt nach Lösungen zu suchen, heisst es in einer gemeinsamen Mitteilung der acht Organisationen, zu denen etwa das Forum für die Zweisprachigkeit oder Bern bilingue gehören. Die Präsenz des Französischen im Zentrum des Kantons sei ein Zeichen des Respekts und des interkulturellen Zusammenhalts, heisst es weiter.

Bern beherberge die Bundesinstitutionen: Bundesrat, Parlament und allgemeine Verwaltung. Darum müsse die Stadt die mehrsprachige Identität der Schweiz verkörpern. Die Sichtbarkeit und der Gebrauch des Französischen seien dafür unerlässlich.

Zweisprachigkeit: Kein Luxus

Zweisprachigkeit sei kein Luxus, sondern kultureller Reichtum und ein Bildungsvorteil. Die Organisationen fordern die Stadtberner Behörden auf, den Schliessungsentscheid auszusetzen und das Projekt zu konsolidieren.

Die Stadt Bern hat die Classes Bilingues de la Ville de Berne 2019 ins Leben gerufen. Der Schulversuch soll auf Sommer 2026 hin beendet werden, wie die Stadt Anfang Mai bekannt gab. Sie nannte fachliche, organisatorische und finanzielle Gründe. Zwei Sprachen gleichwertig zu unterrichten, gehe auf Kosten der obligatorischen Fächer, hiess es damals.

Weiter hätten sich die Personalplanung, die Schulentwicklung und die Weiterbildung der Lehrpersonen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels als «ausserordentlich anspruchsvoll» erwiesen. Nicht zuletzt seien für den zweisprachigen Unterricht Mehrkosten von bis zu einer Million Franken pro Jahr entstanden.

Vorstoss für Zweisprachigkeit auf Kantonsebene

Die zuständige Gemeinderätin Ursina Anderegg (Grünes Bündnis) verteidigte am vergangenen Donnerstag im Berner Stadtparlament ihren Entscheid. Er sei «sorgfältig diskutiert und abgewogen» worden, das gelte auch für die Art der Kommunikation. Die Stadt habe den Versuch mit den zweisprachigen Klassen engagiert gewagt, er funktioniere unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen aber nicht.

Unterdessen wurde auf Kantonsebene ein breit abgestützter Vorstoss eingereicht, der verlangt, dass die Rahmenbedingungen

so ausgestaltet werden, dass zweisprachige Klassen in allen Gemeinden möglich sind.

Die Eröffnung solcher Klassen dürfe nicht mehr von der Initiative oder der finanziellen Potenz einzelner Gemeinden abhängen, begründen die Vorstösserinnen und Vorstösser ihre Forderungen. Die Antwort des Regierungsrats Bern steht noch aus.